

Hasskommentare unter Unimedizin-Video: Polizei ermittelt in Greifswald

Unimedizin Greifswald sieht sich einer schwulenfeindlichen Hasskampagne gegenüber; die Polizei ermittelt gegen die Verfasser der Beleidigungen.

In der vergangenen Woche hat die Universitätsmedizin Greifswald ein besorgniserregendes Phänomen von Cybermobbing erfahren, das die gesamte Gemeinde in alarmierte Diskussionen stürzt. Ein Video, das einen Mitarbeiter zeigt, der von seiner positiven Erfahrung in der Klinik berichtet, wurde zum Ziel einer Kampagne mit über 300 beleidigenden Kommentaren, die stark schwulenfeindliche Äußerungen enthielten.

Diskriminierung im digitalen Raum

Das Video wurde von der Universitätsmedizin während eines Infostands auf dem Greifswalder Fischerfest geteilt, um die Ausbildungsmöglichkeiten am Klinikum zu bewerben. Es folgte eine Flut von aggressiven und diskriminierenden Kommentaren, die den Mitarbeiter in einem negativen Licht darstellen sollten. Professor Uwe Reuter, der ärztliche Vorstand der Universitätsmedizin, äußerte seine Bestürzung über die empörenden Reaktionen und bezeichnete die Vorfälle als symptomatisch für ein bundesweites Problem: „Das ist einfach unerträglich. Solch einen Hass direkt vor unserer Haustür zu erleben, hat uns alle fassungslos gemacht“, sagte Reuter.

Reaktionen der Universitätsmedizin

In der Folge hat die Universitätsmedizin nicht nur den belastenden Beitrag entfernt, sondern auch öffentlich klar Stellung gegen die Hasskommentare bezogen. Die Klinik hat Anzeige bei der Kriminalpolizei erstattet und fordert eine strafrechtliche Verfolgung der Verfasser, auch wenn die Hoffnung auf Erfolg aufgrund der häufig anonymen Nutzer im Internet gering ist. „Es geht vor allem darum, dass wir solche beleidigenden Äußerungen nicht dulden“, betonte Reuter.

Die Rolle der Polizei

Die Ermittlungen liegen nun bei der Kriminalpolizei in Anklam. Ben Tuschy von der Pressestelle erklärte, dass es oft eine erhebliche Herausforderung sei, die Identitäten der Kommentatoren zu ermitteln. Er fügte hinzu, dass die gesetzlichen Konsequenzen für Beleidigungen von Geldstrafen bis zu Freiheitsstrafen von bis zu einem Jahr reichen können. Dies bekräftigt, dass das Internet keineswegs ein rechtsfreier Raum ist.

Gesellschaftliche Bedeutung und Unterstützung

Die Vorfälle werfen auch ein größeres Licht auf die anhaltende Diskriminierung von LGBTQ+-Menschen innerhalb der deutschen Gesellschaft. Reuter bestätigte, dass Unterstützung für den betroffenen Mitarbeiter angeboten wurde und dass die Unimedizin weiterhin mit ihm in Kontakt steht. „Sich gegen solche Diskriminierungen zu positionieren, ist von größter Bedeutung“, fügte er hinzu.

Schlussfolgerung

Diese Ereignisse sind ein deutlicher Aufruf, im Kampf gegen Diskriminierung und für die Unterstützung der LGBTQ+-Gemeinschaft zusammenzustehen. Es ist wichtig, dass Institutionen wie die Universitätsmedizin Greifswald nicht nur

eine klare Haltung gegen solche Vorfälle einnehmen, sondern auch ein Umfeld schaffen, in dem Vielfalt respektiert und akzeptiert wird. Nur durch gemeinsames Handeln kann das Bewusstsein für solch wichtige gesellschaftliche Themen geschärft werden.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de